

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda (*fehlte entschuldigt*)
Stellv. Ausschussmitglied Martin Harms (für Herrn Weerda)

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied Gruppe BASU/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion:

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Sachbearbeiter Lars Stecker (13)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Sachbearbeiter Jan Hülsemann (20)

Von städtischen Gesellschaften:

Frau Schute (WFG)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.09.2009
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: keine
- 5 Vorlagen an den Rat:
 - 5.1 Beschluss der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts "Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wilhelmshaven (WBW, AöR)"
 - 5.1.1 Antrag FDP-Fraktion zu § 4 Abs. 1 der Satzung
 - 5.1.2 Antrag CDU-Fraktion zu § 4 Abs. 5 der Satzung
 - 5.1.3 Antrag Gruppe BASU/Tholen zu § 5 Abs. 1 der Satzung
 - 5.1.4 Antrag Gruppe BASU/Tholen zu § 5 Abs. 1 der Satzung
 - 5.1.5 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 1 S. 1 der Satzung
 - 5.1.6 Antrag CDU-Fraktion zu § 5 Abs. 7 der Satzung
 - 5.1.7 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 10 S. 3 der Satzung
 - 5.1.8 Antrag CDU-Fraktion zu § 6 Abs. 3 e), f) der Satzung
 - 5.1.9 Antrag FDP-Fraktion zu § 6 Abs. 3 h der Satzung
 - 5.1.10 Antrag CDU-Fraktion zu § 6 Abs. 3 h der Satzung
 - 5.1.11 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 7 Abs. 4 der Satzung
 - 5.1.12 Antrag FDP-Fraktion zu § 7 Abs. 6 der Satzung
 - 5.1.13 Vertagungsantrag SPD-Fraktion
 - 5.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009
 - 5.3 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4.
 - 5.4 EU-Förderperiode 2007-2013, Regionalisiertes Teilbudget (RTB); hier: Mittelumschichtung innerhalb des RTB zugunsten des KMU-Programms
- 6 Mitteilungen und Anfragen:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.09.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.09.2009 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

- 5 Vorlagen an den Rat

- 5.1 Beschluss der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts "Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wilhelmshaven (WBW, AöR)" – 2. Lesung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann teilte für seine Fraktion mit, an der ablehnenden Haltung gegenüber der Errichtung einer AöR habe sich nichts geändert. Aus diesem Grunde werde man sich bei Änderungsanträgen zur Satzung grds. enthalten. **Herr Tjaden** bekundete für seine Fraktion ebenfalls eine grds. Ablehnung einer AöR, jedoch wolle er sich an den Änderungsanträgen konstruktiv beteiligen für den Fall, dass eine Mehrheit für die Beschlussvorlage doch noch erreicht werde. **Herr Dr. von Teichman** appellierte an Herrn Neumann, sich mit seiner Fraktion ebenfalls an der Gestaltung der Satzung zu beteiligen und signalisierte für diesen Fall ein Entgegenkommen der FDP-Fraktion für konstruktive Vorschläge der SPD-Fraktion.

Herr Tjaden bat um Auskunft, warum in § 2 Abs. 1 c, d und e nun der Begriff „Ausführungsplanung“ anstelle des Begriffes „Planung“ gesetzt wurde. **Herr Langen** erläuterte, die „Planung von Friedhöfen, Grünanlagen, Spielplätzen, öffentlichen Straßen, Brücken sowie die Verkehrslenkung“ solle weiterhin durch den Rat erfolgen. Lediglich die Ausführung der Planung solle im Zuständigkeitsbereich der AöR liegen.

An der anschließenden Grundsatzdiskussion zur Errichtung einer AöR beteiligten sich **Frau Aljets** und **Frau Gastmann** sowie die **Herren Dr. von Teichman, Neumann, Prof. Reuter, Biehl, Tjaden, Barkowsky, Schmidt, Langen, Harms, Stoffers, Hoff** und **Menzel**.

Oberbürgermeister Menzel erinnerte abschließend an die Bedeutung der AöR für das im Rat noch zu beschließende Haushaltssicherungskonzept (HSK).

5.1.1 Antrag FDP-Fraktion zu § 4 Abs. 1 der Satzung:**Herr Dr. von Teichman trug für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 4 vor:**

Im Satzungsentwurf für die AöR wird

a) in § 4 Abs. 1, Satz 1 gestrichen

b) Satz 2 wie folgt verändert: „Sofern sich der Vorstand aus den Beamten auf Zeit nach § 81 I NGO zusammensetzt, nehmen die Mitglieder des Vorstandes ihre Tätigkeit nebenamtlich, neben ihrer Tätigkeit für die Stadt Wilhelmshaven, wahr.“

Auf den Vorwurf von **Herrn Neumann**, diese Regelung diene nur der Vorbereitung einer späteren Privatisierung, entgegnete **Herr Dr. von Teichman**, dies sei keineswegs der Fall. Mit dieser Regelung solle lediglich erreicht werden, dass der Vorstand der AöR nur in der Gründungsphase von 2 bis 3 Jahren aus den städtischen Dezernenten bestünde. In Zukunft solle der Vorstand der AöR aus „ausgewiesenen Fachleuten“ bestehen. **Erster Stadtrat Stoffers** erläuterte, bereits mit der derzeitigen Regelung sei gewährleistet, dass der Vorstand der AöR nicht dauerhaft mit den städtischen Dezernenten besetzt bleiben müsste.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.1.2 Antrag CDU-Fraktion zu § 4 Abs. 5 der Satzung:**Herr Langen trug für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 4 Abs. 5 vor:**

1. *Einschub eines neuen Satzes 2:*

„Wichtige Vorgänge sind jedenfalls solche, die eine Betragsgrenze von 50.000 € übersteigen.“

2. *Aus Satz 2 (alt) wird Satz 3 (neu)*

Aus Satz 3 (alt) wird Satz 4 (neu)

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.3 Antrag Gruppe BASU/Tholen zu § 5 Abs. 1 der Satzung:**Herr Tjaden trug für die Gruppe BASU/Tholen folgenden Änderungsantrag zu § 5 Abs. 1 vor:**

Streiche „mit beratender Stimme“

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.1.4 Antrag Gruppe BASU/Tholen zu § 5 Abs. 1 der Satzung:

Herr Tjaden trug für die Gruppe BASU/Tholen folgenden Änderungsantrag zu § 5 Abs. 1 vor:

1. Setze ein „Fraktionen oder Gruppen, die keinen Vertreter in den Verwaltungsrat senden können, können ein Mitglied mit beratender Stimme stellen.“

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.1.5 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 1 S. 1 der Satzung:

Herr Langen trug den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 41 Satz 1 vor:

1. Streiche „12 übrigen Mitglieder“, setze „14 übrigen Mitglieder“

Auf die Nachfrage von **Herrn Tjaden**, warum die übrigen Mitglieder ausgerechnet aus 14 Mitgliedern bestehen sollten, entgegnete **Herr Dr. von Teichman**, 15 Mitglieder (14 + OB) entspräche der Mitgliederzahl des Finanzausschusses und genau ein Drittel des Rates der Stadt. Außerdem sei bei dieser Mitgliederanzahl gewährleistet, dass alle Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt sich auch im Verwaltungsrat der AöR wiederfinden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.6 Antrag CDU-Fraktion zu § 5 Abs. 7 der Satzung:

Herr Langen trug für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 5 Abs. 7 vor:

1. Füge hinter „Stadt Wilhelmshaven“ „vierteljährlich“ ein.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.7 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 10 S. 3 der Satzung:

Herr Langen trug den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion zu § 5 Abs. 10 Satz 3 vor:

1. Streiche „6 Mitglieder“, setze „9 Mitglieder“.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.8 Antrag CDU-Fraktion zu § 6 Abs. 3 e), f) der Satzung:

Herr Langen trug für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 6 Abs. 3 e und f vor:

1. *Streiche jeweils Wertgrenze von „100.000 €“, setze „50.000 €“*

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.9 Antrag FDP-Fraktion zu § 6 Abs. 3 h der Satzung:

Herr Dr. von Teichman trug für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 6 Abs. 3 h vor:

1. *Streiche Wertgrenze von „100.000 €“, setze „250.000 €“.*
2. *Streiche letzten Halbsatz.*

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.1.10 Antrag CDU-Fraktion zu § 6 Abs. 3 h der Satzung:

Herr Langen trug für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 6 Abs. 3 h vor:

1. *Streiche Wertgrenze von „100.000 €“, setze „50.000 €“.*

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.1.11 Antrag CDU-Fraktion / FDP-Fraktion zu § 7 Abs. 4 der Satzung:

Herr Langen trug den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion zu § 7 Abs. 4 vor:

1. *Neuer Satz 4: „Ratsmitglieder können an den nichtöffentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen.“*

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.12 Antrag FDP-Fraktion zu § 7 Abs. 6 der Satzung:

Herr Dr. von Teichman trug für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu § 7 Abs. 6 vor:

1. *Streiche „grundsätzlich“*

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.1.13 Vertagungsantrag SPD-Fraktion:**Abschließend stellte Herr Neumann für die SPD-Fraktion folgenden Vertagungsantrag:**

„Der Beschluss über die Vorlage 131/2009 wird bis auf Weiteres nicht gefasst, stattdessen wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche sich mit Alternativen zur AöR, Synergieeffekte sowie Aufgabenkritik befasst.“

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- - **Beschlussvorlage somit vertagt** -

5.2 Nachbewilligungen zum Haushalt 2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman stellte die Frage nach den Vertragsinhalten zwischen der Stadt und den GEW hinsichtlich der Straßenbeleuchtung. **Stadtkämmerer Hoff** informierte, die GEW sei hier Auftragnehmer der Stadt. Der geschlossene Vertrag habe eine restliche Laufzeit bis 2012. Leider sei nun das zur Verfügung stehende Budget für die Straßenbeleuchtung bei der GEW bereits ausgeschöpft. Es gehe nun darum, die Zeit bis 2012 zu überbrücken. Erschwerend käme hinzu, dass nun ca. 80 Laternenmasten im gesamten Stadtgebiet ausgefallen seien und dringend ersetzt werden müssten. **Herr Dr. von Teichman** entgegnete, hier hätte durch die Verwaltung rechtzeitig ein neuer Vertrag mit den GEW abgeschlossen werden müssen. Er bat darum, zu den Vertragsinhalten in Kürze in nichtöffentlicher Sitzung zu berichten. „Schnellschüsse“ seien hier nun der falsche Weg.

Herr Biehl formulierte die Frage nach dem in der Beschlussvorlage angesprochenen Fördergeld zur energieeffizienten Straßenbeleuchtung. **Stadtbaurat Kottek** antwortete, lt. Aussage der GEW kämen ca. 1.262 Lampen für eine Förderung durch das Land in Frage. Der genaue Förderbetrag könne derzeit nicht ermittelt werden, in der Regel betrage dieser jedoch 50%.

Frau Gastmann signalisierte für ihre Fraktion generelle Ablehnung der Beschlussvorlage, da hier als Deckungsvorschlag der Verzicht auf die Sanierung der Heppenser Straße benannt worden sei. **Frau Aljets** ergänzte, die Sanierung der Heppenser Straße werde bereits seit vielen Jahren immer wieder verschoben und dulde nun endgültig keinen Aufschub mehr.

Herr Hoff entgegnete, haushaltsrechtlich sei ein Deckungsvorschlag zwingende Voraussetzung für eine Nachbewilligung von Haushaltsmitteln. Leider gäbe der Haushalt keinerlei Alternative als den Verzicht auf die Sanierung der Heppenser Straße her.

Herr Neumann fragte, ob stattdessen nicht bei der Beschaffung des sog. „Baumkatasters“ gekürzt werden könne. **Herr Kottek** entgegnete, das „Baumkataster“ dulde ebenfalls keinen Aufschub. Außerdem komme dies als Deckungsvorschlag nicht in Frage, da die Mittel in einem anderen Haushalt veranschlagt seien.

Oberbürgermeister Menzel resümierte, der Rat müsse hier letztendlich wählen, Ersatz der Straßenbeleuchtungsmasten oder Sanierung Heppenser Straße. Hierzu merkte **Herr Biehl** an, das flächendeckende Problem der ausgefallenen Straßenbeleuchtungsmasten erscheine ihm, vor diese Wahl gestellt, als deutlich größer.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- *(bei Stimmengleichheit)*

Der Rat beschließt die vorgelegten Nachbewilligungen.

5.3 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeoogestraße 4.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, der Standort Oldeoogestraße solle zugunsten des Standortes Altengroden neu überdacht werden. Die vorliegenden Berechnungen seien aus seiner Sicht unvollständig. Außerdem eigne sich der Standort Oldeoogestraße am ehesten für eine Vermarktung, da sich das Gebäude insgesamt in einem guten Zustand befände.

Herr Dr. Graul erklärte, die hohen Umbaukosten für den außerschulischen Lehrort sowie die Rückbaukosten am Standort Altengroden könnten bei einer Entscheidung zugunsten des Standortes Oldeoogestraße eingespart werden. Hier seien insgesamt am wenigsten Investitionen notwendig. Aus diesem Grunde stelle sich der Standort Oldeoogestraße langfristig als kostengünstigste Alternative dar.

Nach Meinung von **Frau Aljets** stelle sich die seinerzeitige Schließung der Grundschule Oldeoogestraße im Nachhinein als Fehler heraus. Wie bei allen aufgegebenen Schulobjekten sei es sehr schwer, überhaupt einen Investor zu finden. Vor diesem Hintergrund sei es die beste Lösung, das Gebäude Oldeoogestraße weiterhin selbst zu nutzen. Für die Nutzung als Standort für die Zusammenlegung der katholischen Grundschulen sei das Gebäude somit sehr geeignet.

Herr Biehl resümierte, es läge im Interesse der Stadt, auch weiterhin eine katholische Grundschule als Angebotsschule vorzuhalten. Der Standort Oldeogestraße stelle sich vor diesem Hintergrund langfristig als beste Lösung dar.

Herr Dr. von Teichman stellte daraufhin für die FDP-Fraktion, den Antrag den Beschluss über die Vorlage zu vertagen, bis Wirtschaftlichkeitsberechnungen der alternativen Standorte vorlägen

Die Vorsitzende, Frau Glaser, ließ zunächst über den Vertagungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Ja: 1

Nein: 12

Enthaltungen: 1

Der Änderungsantrag wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend lies die Vorsitzende, Frau Glaser, über die (unveränderte) Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zum Schuljahr 2010/11 im Schulgebäude Oldeogestraße 4 zu.

5.4 EU-Förderperiode 2007-2013, Regionalisiertes Teilbudget (RTB);
hier: Mittelumschichtung innerhalb des RTB zugunsten des KMU-Programms

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman bat um Beantwortung der Frage, welche der Anträge auf KMU-Förderung genehmigt würden und welche nicht. Außerdem bat er um Benennung der Kriterien, die hier angesetzt würden. **Frau Schute** erläuterte, alle eingehenden Anträge würden zunächst auf ihre Förderfähigkeit anhand der Förderrichtlinie geprüft. Alle grds. förderfähigen Anträge würden anschließend einem sog. „Scoringverfahren“ unterzogen. Hier müsste ein Antrag mindestens 20% der maximalen 500 Punkte, also mind. 100 Punkte, erreichen, um genehmigt zu werden. Derzeit lägen jedoch zu viele Anträge mit mehr als 100 Punkten vor, um alle Anträge zu genehmigen. Es würden daher diejenigen Anträge mit den höchsten erreichten Punkten genehmigt.

Oberbürgermeister Menzel legte besonderen Wert auf die Feststellung, dass die Förderrichtlinien inkl. Scoringtabelle von der niedersächsischen N-Bank übernommen worden seien. **Herr Adam** ergänzte, dass über die Genehmigung von Förderanträgen in jeder Aufsichtsratssitzung der WFG berichtet werde und nannte das gesamte KMU-Förderprogramm einen „tollen Erfolg“ für Wilhelmshaven.

Herr Schmidt bat um Auskunft zu den verschiedenen Förderschwerpunkten.

Frau Schute antwortete, es gäbe insgesamt 3 Förderschwerpunkte:

1. Einzelbetriebliche Förderung
2. Innovationsförderungen und Technologietransfer
3. Wirtschaftsnahe Infrastrukturförderung

Förderung im Schwerpunkt 1. werde deutlich mehr nachgefragt als in den Schwerpunkten 2. und 3. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Förderschwerpunkten sei es, dass die Stadt Wilhelmshaven nur im Schwerpunkt 1. alleinige Bewilligungsbehörde sei. In den Förderschwerpunkten 2. und 3. darf die Stadt Wilhelmshaven lediglich einen sog. „qualifizierten Vorschlag“ auf Antragsgenehmigung unterbreiten. Genehmigungsbehörde sei in diesen Fällen das Land Niedersachsen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der geplanten und im Folgenden dargestellten Mittelumschichtung innerhalb des RTB in Höhe von insgesamt 266.000 € (133.000 € EFRE, 133.000 € Stadt) zugunsten des städtischen KMU-Programms wird – vorbehaltlich der Genehmigung durch die NBank – zugestimmt:

Schwerpunkte des RTB (EFRE 2007-2013)	EFRE-Fördermittel 2007-2013	Städtische Fördermittel 2007-2013	Gesamt 2007-2013	Anteil Gesamtbudget
S 1: KMU-Förderung	1.800.000 €	1.800.000 €	3.600.000 €	72,00 %
S2: Innovationsförderung	283.000 €	283.000 €	566.000 €	11,32 %
S 3: wirtschaftsnahe Infrastruktur	417.000 €	417.000 €	834.000 €	16,68 %
Gesamt:	2.500.000 €	2.500.000 €	5.000.000 €	100 %

Sollte diese Mittelumschichtung nicht zeitnah umgesetzt werden können, so wird alternativ - vorbehaltlich der Genehmigung durch die NBank - einem Vorgriff in selber Höhe auf das KMU-Budget der kommenden Jahre zugestimmt.

6 Mitteilungen und Anfragen:

Haushalt 2009:

Stadtkämmerer Hoff informierte über die Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 durch die Kommunalaufsichtsbehörde (*Genehmigungsschreiben siehe Anlage*). **Herr Hoff** informierte ferner über die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung. Hiernach entstünden 2009 gegenüber der Haushaltsplanung Mindererträge beim städtischem Anteil an Einkommen- und Umsatzsteuer von insgesamt ca. 2 Mio. €. Diese könnten jedoch im Moment noch durch Mehrerträge in gleicher Höhe bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.

Herr Hoff kündigte weiterhin an, es könne möglicherweise bis Jahresende zu weiteren Nachbewilligungen bzw. zur Notwendigkeit einer 2. Nachtragshaushaltssatzung kommen.

Sachstand Beteiligungsbericht, Eröffnungsbilanz, Konzernabschluss:

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft zum Sachstand der Erstellung des Beteiligungsberichtes zum Stichtag 31.12.2008, der Eröffnungsbilanz (*Kernverwaltung*) zum 01.01.2007 sowie der Vorbereitungen für den ersten konsolidierten Gesamtabschluss (*Konzernabschluss*).

Herr Hoff teilte mit, die für die Erstellung des Beteiligungsberichtes zum 31.12.2008 nötigen Jahresabschlüsse der städtischen Beteiligungen lägen derzeit zu ca. 90% vor. Hinsichtlich der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung werde in der kommenden Woche (27.10.2009) ein voraussichtlich abschließendes Gespräch mit dem Rechnungsprüfungsamt geführt. Bezüglich des ersten konsolidierten Gesamtabchlusses im „Konzern Stadt“ sehe der Projektplan zur Einführung des neuen Haushaltsrechts von Anfang an vor, einen solchen erstmals zum Stichtag 31.12.2009 bis Ende 2010 vorzulegen.

Überregionales Standortmanagement:

Herr Dr. von Teichman bat um Auskunft zum Sachstand überregionales Standortmanagement, insbesondere zur Finanzierung. **Oberbürgermeister Menzel** teilte hierzu mit, die Position des Geschäftsführers sei ausgeschrieben worden und in Kürze würden sich drei bis vier geeignete Kandidaten in der gebildeten Findungskommission vorstellen. Die Finanzierung sei über den Wirtschaftsplan der Wirtschaftsförderung sichergestellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:50 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer

Dateiname: 9595.14377.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 9/2009
Thema: Sitzungsdatum 19.10.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 21.10.2009
Erstelldatum: 22.10.2009 14:39:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 22.10.2009 14:39:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 22.10.2009 14:39:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 13
Anzahl Wörter: 3.529 (ca.)
Anzahl Zeichen: 22.236 (ca.)